

Autor: Dietzfelbinger, Eckart.

Titel: Der Beitrag der Medien zur Faszination des Nationalsozialismus.

Quelle: Demmler, Kathrin/ Lutz, Klaus/ Menzke, Detlef/ Pröiß-Kammerer, Anja (Hg.):
Medien bilden – aber wie? Grundlagen für eine nachhaltige medienpädagogische Praxis.
München 2009, S. 173-181.

Verlag: kopaed.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Eckart Dietzfelbinger

Der Beitrag der Medien zur Faszination des Nationalsozialismus.

Propaganda war für das politische Selbstverständnis und die Herrschaftstechnik der Nationalsozialisten ein zentraler Begriff. Die mit ihr bewirkte Massenmobilisierung und die wachsende Zustimmung durch immer größere Teile der deutschen Gesellschaft wurden zur wichtigsten Voraussetzung für Hitlers Macht. Doch beruhte die Wirkung der Propaganda nicht auf deren vermeintlicher Originalität oder Raffinesse, sondern auf deren Intensität und Konsequenz im Einsatz aller technischen und inszenatorischen Instrumente, die sich den nationalsozialistischen Propagandisten anboten.¹ Dazu gehörten auch die Medien Presse, Rundfunk und Film.

Presse

Seit den Anfängen der NSDAP arbeitete in München der Pressefotograf Heinrich Hoffmann für die NSDAP. Als Leibfotograf Hitlers errang er eine dominierende Stellung in der Bildberichterstattung der Partei. Von Hitler, der sich 1920 zum Parteivorsitzenden der NSDAP aufschwang, hieß es schon 1922 wegen seiner Fähigkeit zu reden und Menschen für seine politischen Ziele zu begeistern, er sei der „Führer“, auf den Deutschland warte.

¹ Jürgen Doppelstein, Propaganda und Nationalsozialismus. In: Leni Riefenstahl. Fotografie-Film-Dokumentation, Manuskript, S. 5, o.J.

Während der Haftzeit in Landsberg 1923/24 wurde bereits eine Hitlerpostkarte in Millionen-Stückzahl vertrieben. 1926 trat Hitler unangefochten als die Nummer eins der Nationalsozialisten beim zweiten Reichsparteitag in Weimar auf. Damals erschien zum ersten Mal der Illustrierte Beobachter, der fortan sein Monopol auf die parteioffizielle Berichterstattung zur massenhaften Verbreitung von Hitler-Porträts und Bildern von Hitler-Kundgebungen nutzte. Höhepunkte solcher Fotopropaganda waren 1932 die Berichte über Hitlers Wahlkampfreisen per Flugzeug, die mit dem Titel aufmachten: „*Hitler über Deutschland*“.

In drei „Deutschlandflügen“ hatte Hitler zwischen dem 3. und 9. April zur Reichspräsidentenwahl und vom 16.-23. April sowie vom 15.-30. Juli anlässlich der Reichstagswahlen eine bislang im politischen Betrieb nicht gekannte Omnipräsenz gezeigt. Bei der ersten dieser Inszenierungen hatte er in 21, bei der zweiten in 25 und bei der dritten in 50 Städten gesprochen. Im selben Jahr erschienen auch die ersten von Heinrich Hoffmann zusammengestellten Bildbände über den „Führer“ und das „Braune Heer“.

1932 begann Hoffmann mit der Vermarktung einer vorgeblich authentischen Privatsphäre des „Führers“ mit dem Bildband „Hitler, wie ihn keiner kennt“. Zahlreiche Aufnahmen waren auf dem Obersalzberg oder in seiner Umgebung entstanden. Eine derartige Präsentation Hitlers lag im Sinne der Schaffung des „Führer“-Mythos und des „Führer“-Kults sowie im Interesse der Parteipropaganda: Wie kein anderer Ort bot der Obersalzberg die Voraussetzung, Hitler volksnah zu präsentieren. Idyllisch-Beschauliches bestimmte den Bildinhalt, kleinbürgerliche Tugenden wie Bescheidenheit, Freundlichkeit gegenüber Nachbarn, Kindern und Besuchern „aus dem Volk“. Sie schienen zu demonstrieren, dass der tobende Redner, der rücksichtslose Verfechter der vermeintlichen Interessen des deutschen Volkes gegen innere und äußere Gegner für alle „Dazugehörigen“ Fürsorglichkeit und Zuneigung empfand. Diese Bilder schienen zu beweisen, dass Hitler auch in seinen Ferien immer im „Dienst für Deutschland“ stand. Der Bildband erreichte in mehreren Auflagen eine Verbreitung von 400.000 Stück. Die Propagandainszenierung traf offenbar auch auf einen vorhandenen Bedarf. Die Folgebände „Hitler in seinen Bergen“ und „Hitler abseits vom Alltag“ erreichten jeweils Auflagen von etwa 200.000 Exemplaren. Dabei entfernte sich das von der Propaganda

vermittelte Bild immer weiter von der Realität: Die alten Aufnahmen von den spontanen Massenbesuchen aus den Jahren 1933/34 wurden von der Propaganda erst dann massiv genutzt, als sie gar nicht mehr stattfanden. Die Fiktion des „Volkskanzlers“ wurde so bis Kriegsende konserviert. Gleiches gilt für ein Foto von Hitler mit einem Nachbarn: Es wurde immer wieder verbreitet, obwohl dieser Nachbar längst vertrieben und sein Hof zerstört war.²

Nun zur Presse selbst. Den Anspruch auf Kontrolle und Lenkung der Informationspolitik verfolgte die NSDAP seit der Weimarer Republik, als sie noch um Medienpräsenz kämpfte. Ab 1933 versuchte das Regime, eine möglichst lückenlose politisch-ideologische und ökonomische Kontrolle über die Presse zu erringen. Am 13.3.1933 wurde die Errichtung eines „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ (RMVP) beschlossen mit Joseph Goebbels als zuständigem Minister. Zu diesem Zweck verfügte die Partei allein über drei Reichsleiter mit Medienkompetenzen: Joseph Goebbels für Propaganda, Max Amman für die gesamte NS-Presse und ihre Verlage und Otto Dietrich als Reichspressechef.

Um die bei der Machtübernahme mit 3400 Tageszeitungen in Deutschland vielfältige Presselandschaft zu nivellieren, setzten die Nationalsozialisten die bereits am Ende der Weimarer Republik eingeschränkte Pressefreiheit mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 außer Kraft (Verfolgung von Journalisten etc.). Nutznießer waren die NS-Gauverlage, die ab 1934 von Amann, dem Verleger des Völkischen Beobachters, im parteieigenen Eher-Verlag zu einem NS-Presstrust zusammengefasst wurden. Die bürgerlichen Zeitungen in Privathand, die oft – aus Angst oder Überzeugung – Selbstzensur übten, wurden zunächst weitgehend verschont. Drei Anordnungen Ammans als Präsident der berufsständischen Reichspressekammer (eine der sieben Kammern der Reichskulturkammer, dem Instrument der NS-Kulturpolitik) ermöglichten dann ab April 1935 die systematische Liquidierung konkurrierender Privatverlage.

Das Schriftleitergesetz vom Oktober 1933 hatte die Arbeit der Presse zum Dienst am Volk und Staat erklärt. Journalisten waren durch obligatorische Mitgliedschaft in der Reichspressekammer zur Anpassung gezwungen. Ab 1935 sorgte eine

² Möller, Horst/Volker Dahm/Hartmut Mehringer (Hg.), Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich. Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, München 1999, S. 33 ff; 59-62.

Reichspreseschule für die zentrale Ausbildung linientreuer Journalisten. Die inhaltliche Gleichschaltung erreichte Goebbels durch genaue Vorgaben in der täglichen Berliner Pressekonferenz, zu der nur ausgewählte Journalisten Zugang hatten. Die Presse der Provinz wurde durch fernschriftliche Anweisungen der Reichspropagandaämter instruiert, ab 1939 durch den Zeitschriftendienst. Hinzu kam die Monopolisierung des Nachrichtenmaterials durch das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) und die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz (NSK).

Ab 1938 oblag Otto Dietrich als Pressechef der Reichsregierung, der alle Ministerien gegenüber der Presse im In- und Ausland vertrat, die Unterrichtung der Tageszeitungen mittels täglicher Presseanweisungen. Die Folge einer gewissen Uniformität in der Berichterstattung führte zur Leserflucht. Erst mit dem kriegsbedingten Informationsbedürfnis kam es zu einer Lockerung der Presselenkung. So konnte die bürgerliche Frankfurter Zeitung gemäßigt kritisch bis Sommer 1943 berichten, bevor sie unter Ammans Kontrolle geriet und – gegen Goebbels Willen – eingestellt wurde (Auflage zuletzt: 30.000). Relative Meinungsvielfalt und anspruchsvollen Journalismus gab es zum Schluss nur noch im 1940 gegründeten Wochenblatt „Das Reich“ (Auflage 1944: 1,5 Millionen). Insgesamt erreichten die Nationalsozialisten ihr Ziel einer gleichgeschalteten Presse weitgehend: Ende 1944 existierten nur noch 625 meist kleine und kleinste Zeitungen in Privathand mit einem Anteil von 17,5 an der täglichen Auflage – gegenüber 82,5 % (Zeitschriften und Illustrierte zu 100 %), die Ammans Presstrust als weltgrößter Pressekonzern in seiner Hand hielt.³

Bei Massenveranstaltungen wie den NS-Reichsparteitagen sollte ein komplexes Ineinandergreifen von Festdekoration, Musik, Aufmarschzeremoniell, Formierungszwängen und Veranstaltungsdramaturgie emotionale Ergriffenheit und Glaubensbereitschaft und die entsprechende Faszination erzeugen. Die Presse hatte hierbei die Aufgabe der Hofberichterstattung zu absolvieren.

³ Benz, Wolfgang/ Hermann Graml/ Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 653/654.

Rundfunk

Die von der Regierung Papen im Sommer 1932 durchgesetzte Verstaatlichung des Weimarer Rundfunks und die gleichzeitige Öffnung für Regierungspropaganda und Wahlkampfwerbung der Parteien – darunter die NSDAP, aber nicht die KPD – schufen für die Übernahme des Rundfunks durch die Nationalsozialisten günstige Voraussetzungen. Sie hatten vor 1933 eine eigene Organisation von „Funkwarten“ aufgebaut, deren Aufgabe es war, gegen den Weimarer Rundfunk zu agitieren und den deutschnationalen Reichsverband Deutscher Rundfunkhörer zu unterwandern, was im Oktober 1932 endgültig gelang. Im März 1933 übernahm das neugegründete RMVP die Rundfunkkompetenzen des Reichsinnen- sowie des Reichspostministers, dem nur die rein technischen Zuständigkeiten blieben. Goebbels baute den Rundfunk rasch zu einem der wichtigsten Instrumente der Propaganda aus.

Bis zum Frühjahr 1934 waren auch die Kompetenzen der Länder im Rundfunkwesen vollständig auf das Reich übertragen. Die regionalen Sendegesellschaften waren nun „Reichssender“, also Filialen der zentralen Dachorganisation, der Reichsrundfunkgesellschaft. Bis Juni 1933 wurden zehn der elf Intendanten der deutschen Rundfunksender ausgewechselt, ein erheblicher Teil der Beschäftigten im Rundfunkbereich entlassen.

Innerhalb des Propagandaministeriums wurde eine Reichsrundfunkkammer unter der Leitung von Horst Dreßler-Andreß, dem bisherigen Chef-Rundfunkpropagandisten der NSDAP, eingerichtet, der sich die Reichsrundfunkgesellschaft unterstellte. Voraussetzung der NS-Rundfunkpolitik war der technische Ausbau des Mediums: Gab es 1933 4,3 Millionen Geräte, so waren es 1939 bereits 10,8 und 1943 16,2 Millionen. Sieht man die Teilnehmerdichte im Jahre 1938 im europäischen Vergleich, so lag Deutschland mit 134 Teilnehmern auf 1000 Einwohner noch hinter Dänemark (190), Großbritannien (184) und Schweden (171), aber vor Frankreich (100). Seit Anfang der 1930er Jahre wurde innerhalb der Rundfunkindustrie am Projekt eines billigen Einfachradios gearbeitet. Der vom RMVP angeregte und von der deutschen Rundfunkindustrie hergestellte „Volksempfänger“ (seit 1933) sowie der 1938 eingeführte „Deutsche Kleinempfänger“ trugen erheblich zur steigenden Hörerzahl bei. Auf der anderen Seite wurde das Netz von Sendeanlagen erheblich ausgebaut, ohne jedoch eine ausreichende flächendeckende

Vollversorgung mit einem technischen Standard zu erreichen (z.B. in der Fränkischen Schweiz).

Die Nationalsozialisten hatten das Rundfunkprogramm bereits unmittelbar nach der Machtübernahme massiv für ihre politische Propaganda genutzt. Im Wahlkampf 1933 wurden insgesamt 45 Wahlsendungen der Regierungsparteien ausgestrahlt, darunter eine Reihe von Hitlerreden mit vorgeschalteten und eigenmächtig verlängerten „Stimmungsberichten“ von Goebbels. Auch im Musikprogramm kam diese Politisierung mit einem starken Anteil von Märschen, NS-Gesängen, Arbeitsliedern usw. zum Ausdruck. Nach der Konsolidierung der Machtverhältnisse drosselte Goebbels im Spätherbst 1933 die politischen Sendeanteile, um eine Überfütterung des Publikums zu vermeiden. Jetzt wurde im Programm verstärkt die kulturpolitische Funktion des Rundfunks betont. 1935 setzte eine Umorientierung zur verstärkten Unterhaltung unter dem Motto mehr Musik, mehr Auflockerung ein.

Nicht nur zum Ausgleich der in den ersten Jahren nicht erreichbaren Rundfunkvollversorgung diente der sog. „Gemeinschaftsempfang“; er war gleichzeitig besonderer Ausdruck einer typisch nationalsozialistischen „Rundfunkkultur“. Bei bestimmten „staatspolitisch“ wichtigen Anlässen hatten sich die Belegschaften, Parteiformationen usw. zum kollektiven Empfang zu versammeln, während daneben die allgemeine Bevölkerung aufgefordert wurde, „Volksgenossen“, die kein Radio besaßen, nach Hause einzuladen. Auf diese Weise sollte nicht nur die Zuhörerschaft vergrößert, sondern vor allem eine Hörsituation geschaffen werden, in der das Rezeptionsverhalten der Rundfunkteilnehmer einer gegenseitigen Kontrolle unterworfen wurde und in der sie in das erweiterte Auditorium der übertragenen Veranstaltung einbezogen wurden.

1937 begann ein schrittweiser, nach Kriegsbeginn beschleunigter Prozess der Zentralisierung des Rundfunks, der nun mehr und mehr direkt von der Rundfunkabteilung des RMVP gelenkt wurde. 1940 gingen deutsche Sender dazu über, weitgehend ein Einheitsprogramm zu senden, gleichzeitig verschlechterten sich die rundfunktechnischen Bedingungen: Ein Teil der Sender musste aus Luftschutzgründen nachts abgeschaltet werden, manche Sender fielen aus, weil sie für die Auslandspropaganda eingesetzt oder zerstört wurden; auch ließ die Ersatzteilbeschaffung für Radioempfänger erheblich zu wünschen übrig. 1941/ 42 ging die Verantwortung für das Programm in mehreren

Schritten von der Reichsrundfunkgesellschaft auf das RMVP über: Der Kulturkammerreferent von Goebbels, Hans Hinkel, übernahm die Verantwortung für das unterhaltende und künstlerische, der Leiter der Rundfunkabteilung (seit November 1942 Hans Fritzsche) die für das politisch-propagandistische Programm.

Während des Krieges war der Rundfunk das eigentliche Propagandamittel des Regimes zur Steuerung der aktuellen Stimmung und Informationslage, wobei der Schwerpunkt des Programms mehr und mehr auf Unterhaltung gelegt wurde. In den verbleibenden politischen Sendungen bemühte man sich darum, durch eine Vielfalt von Sendeformen zumindest etwas von den stereotypen Propagandainhalten abzulenken. Neben den Nachrichtensendungen und dem offiziellen Wehrmachtsbericht bestand das politische Programm insbesondere aus dem täglichen „Bericht zur Lage“, in dem ein prominenter Journalist in populärer Form die Nachrichtenlage kommentierte und erläuterte; aus der in einem „objektiven“ Ton gehaltenen „Politischen Zeitungs- und Rundfunkschau“ von Hans Fritzsche; sowie aus den von den Propagandakompanien gelieferten, reportageartigen Frontberichten. Besondere militärische Erfolge wurden in „Sondermeldungen“, angekündigt durch Fanfaren, bekannt gegeben. Je mehr diese Meldungen zurückgingen, desto mehr gewannen die aktuellen Luftlagemeldungen für die Hörer an Bedeutung. Mit der sich verschlechternden Kriegslage wurde seit 1942 im Rundfunkprogramm die leichte Unterhaltung immer dominierender. Selbstverständlich unterlag auch dieses Programm einer rigiden Kontrolle. Z.B. durften wegen der schweren Luftangriffe auf das Rheinland 1942 keine Rheinlieder gesendet werden. Die Richtlinien des RMVP betrafen aber ebenso die Ansagetexte: Anfang 1942 etwa durfte das Wort „Frühjahr“ – wegen der befürchteten Assoziation „Frühjahrsoffensive“ – nicht erwähnt werden, während es gleichzeitig wegen der angespannten Ernährungslage verboten war, über die Lebensmittelversorgung zu sprechen. Das Rundfunkprogramm wurde von Titeln wie „Musik am Vormittag“, „Musikalische Kurzweil“, „Hafenkonzert“, „Leichte Kost“ u.a. beherrscht, die im bizarren Gegensatz zur Realität des Kriegsalltags standen.

Das Prinzip, durch leichte Unterhaltung von den Alltagssorgen abzulenken, wurde allerdings bei besonders negativer Nachrichtenlage, also etwa nach verlustreichen Bombenangriffen oder nach schweren militärischen Niederlagen, zum Bumerang; dies verdeutlichen etwa Beschwerden aus der Bevölkerung über die Ausstrahlung des

Schlagers „Ich tanze mit Dir in den Himmel hinein“ nach einem besonders heftigen Luftangriff. Nur in besonders schwerwiegenden Fällen wie der Niederlage von Stalingrad im Winter 1942/1943 entschloss man sich, für eine Weile das Unterhaltungsprogramm durch „ernste“ Musik zu ersetzen. Ein ständiger Stein des Anstoßes war das Abspielen von „moderner“ Musik, die von ihren Gegnern häufig in die Nähe des offiziell verbotenen Jazz gerückt wurde. Die Beschwerden, vor allem aus Parteikreisen, über die „Niggermusik schlimmster Art“ oder „Überbleibsel amerikanischer Unkultur“ sind Legion. Insgesamt gesehen war der Rundfunk weniger ein Instrument gezielter politischer Erziehung und Indoktrination, sondern in erster Linie darauf ausgerichtet, die Loyalität gegenüber dem Regime zu verstärken. Bei Massenveranstaltungen sekundierte er sozusagen das Erzeugen von emotionaler Ergriffenheit und Faszination. Im Krieg hatte der Rundfunk den Durchhaltewillen der Bevölkerung durch eine ablenkende und einlullende Berieselung mit Unterhaltung zu verstärken.⁴

Film

Eine Verordnung des RMVP vom 28.6.1933 schrieb für jeden beim Film Mitarbeitenden die deutsche Staatsangehörigkeit und die „arische“ Abstammung vor. Ausländer konnten in deutschen Filmproduktionen nur noch mit einer besonderen Genehmigung mitwirken. Von dem nun einsetzenden Exodus von Filmkünstlern sollte sich der deutsche Film nicht wieder erholen.

Bis 1942 wurden mehr als 400 Filme durch die Kooperation von RMVP, Großbanken und Filmwirtschaft – die Filmkreditbank hergestellt. Doch trotz aller Bemühungen geriet die deutsche Filmproduktion Mitte der 1930er Jahre mehr und mehr in eine schwere Existenzkrise. Insbesondere wegen des weitgehenden Boykotts deutscher Filme im Ausland, durch die sich lähmend auswirkende staatliche Gängelung der Filmproduktion und vor allem die erhöhten Produktionskosten wie ansteigende Stargagen u.a. 1937 wurde Max Winkler zum „Reichsbeauftragten für die deutsche Filmwirtschaft“ ernannt. Er kontrollierte 1940 über seine Treuhandgesellschaft 14 Unternehmen aus dem Bereich der

⁴ Nach: Peter Longerich, Nationalsozialistische Propaganda. In: Bracher, Karl Dietrich/ Manfred Funke/Hans- Adolf Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1993, S. 299 ff.

Filmwirtschaft, darunter die Tobis, die Ufa, die Terra Filmkunst und die Bavaria. Unter den Namen Wien-Film und Prag-Film wurden die Produktionsstätten im angeschlossenen Österreich und im sog. Protektorat in diesen Konzern eingereiht. 1942 schließlich monopolisierte Winkler auf Weisung des RMVP die gesamte Filmproduktion in der neu gegründeten „Ufa-Film GmbH“, einer Holdinggesellschaft, der sieben Filmproduktionsfirmen angeschlossen waren. Die Ufa-Film kontrollierte darüber hinaus weite Bereiche der Filmwirtschaft, vor allem den Filmvertrieb, die Filmpresse sowie die Herstellung von Wochenschauen, Kultur-, Industrie- und Werbefilmen.

Das NS-Regime unternahm erhebliche Anstrengungen, um den Filmbesuch zu fördern: Seit Oktober 1933 wurden in den Schulen einmal im Monat sog. „Staatliche Schulfilmveranstaltungen“ eingeführt. Ab 1934 organisierte die HJ „Jugendfilmstunden des Deutschen Reiches“, deren Ablauf - geschlossener Einmarsch, Gesang usw. – darauf ausgerichtet war, die Filmvorführung zu einem „Gemeinschaftserlebnis“ zu machen. Um die Lücken in der Kinoversorgung auf dem flachen Land zu schließen, besaß die Reichspropagandaleitung der NSDAP bei Kriegsbeginn insgesamt 750 Tonfilmwagen. Im Oktober 1938 gab es in Deutschland 3446 Kinos. Im „Dritten Reich“ entstanden rund 1150 abendfüllende Spielfilme, daneben 450 weitere Spielfilme im Format von 35 mm. Nach Gerd Albrecht ist das Gros der Produktionen, fast 50 %, als „heitere Filme“ einzustufen. Etwa 14 % waren Filme mit manifester politischer Funktion, der Rest waren „ernste“ (27 %) bzw. „aktionsgeladene“ Filme (11 %). Zwischen diesen Blöcken gab es gewisse Verschiebungen. So nahm der Anteil politischer Filme bei Kriegsbeginn stark zu, 1941 erreichte er einen Höhepunkt. Dann jedoch drängte wieder die Unterhaltung in den Vordergrund: 1943 waren nur noch sechs von 74 Produktionen primär politische Filme. Auch wenn der Film nicht in erster Linie als politisches Erziehungsmittel fungierte, so stellte die Produktion von insgesamt etwa 150 massiv politischen Filmen doch eine erhebliche Größenordnung dar. Unter diesen sind zunächst in der Anfangsphase entstandene Produktionen zu nennen, die sich mit der gerade zurückliegenden Kampfzeit befaßten: „SA-Mann Brand“, „Hitlerjunge Quex“, „Hans Westmar“.

Unter den späteren politischen Filmen sind vor allem hervorzuheben der Euthanasiefilm „Ich klage an“ (1941) sowie die antisemitischen Spielfilme „Jud Süß“, „Die Rothschilds“ und „Der ewige Jude“ (1940). Sie zeigten die Radikalisierung der rassistischen Politik in

Richtung Vernichtungskrieg und Völkermord an. Während des Krieges wurden antipolnische Filme (1940: „Feinde“, „Heimkehr“), antibritische Streifen (1940: „Ohm Krüger“, 1943: „Carl Peters“) und antisowjetische Produktionen hergestellt (1942: „GPU“), aber auch historische Filme (1940: „Bismarck“, 1942: „Der Große König“, 1944: „Kolberg“). Dabei muss allerdings betont werden, dass auch die vorgeblich „unpolitischen“ Filme durchaus latente politische Funktionen erfüllten. Neben der Ablenkung vom Alltag, die sie bieten sollten, enthielten sie unterschwellig politische Aussagen. Bei „Quax der Bruchpilot“ ist durchaus Sympathiewerbung für die Fliegerei und damit die für Luftwaffe herauslesbar, bei zahlreichen anderen Filmen Verständnis für das Thema „uneheliches Kind“ („Hurra Ich bin Papa! ... „Das sündige Dorf“). Aber in erster Linie sollten bestimmte grundsätzliche Einstellungen und Werthaltungen gestützt werden, wie etwa Freude an der Arbeit, Heimatliebe, Nationalgefühl, und damit Loyalität gegenüber dem Regime. Andererseits war in den Unterhaltungsfilmen die Alltagswirklichkeit des NS-Staates aus taktischen und rationalen Gründen sorgfältig ausgeblendet: Es gab keinen Hitlergruß, keine Hakenkreuzflagge, keine NS-Uniformen; die Filme spielten meist in einem zeitlosen Irgendwo.

Eine zentrale Rolle bei der Planung und Lenkung der Filmproduktion besaß die Anfang 1934 geschaffene Position eines „Reichsfilmdramaturgen“. Er hatte die Entwürfe und Drehbücher aller Spielfilme vor Produktion zu begutachten. Eine Untersuchung zur NS-Filmzensur dokumentiert insgesamt 27 Verbotsfälle. Ab etwa 1942 spielte der Luftkrieg eine entscheidende Rolle bei der Filmzensur. Z.B. konnte der Berlinfilm „Symphonie einer Weltstadt“ nicht mehr gezeigt werden, dokumentierte er doch zu eindrucksvoll die mittlerweile in Schutt und Asche zerfallene Großstadtszenerie. In einer Zeit, in der Fernsehen über Versuchsprogramme noch nicht hinausgekommen war, hatte die „Wochenschau“ das aktuelle optische Informationsbedürfnis zu befriedigen. Im Mai 1940 hatte die „Deutsche Wochenschau“ eine Länge von 40 Minuten und wurde in 2000 Kopien verteilt. Sie entwickelte während des Krieges einen eigenen Stil: in schneller Schnittfolge aus den Filmberichten der Propagandakompanie zusammengestellt, bot sie vordergründig „realistische“ Bilder, die mit entsprechenden Kommentaren und heroischer Musik unterlegt waren, während in Wirklichkeit im RMVP sorgsam darauf geachtet wurde, dass wesentliche Aspekte der Kriegsrealität, vor allem eigene Verluste und feindlicher

Widerstand, ausgespart blieben.⁵ Im Bereich des Dokumentarfilms ist die Begründung einer eigenen NS-Filmästhetik durch Leni Riefenstahls Parteitagfilme sowie ihren zweiteiligen Olympiafilm hervorzuheben. Keine umfangreichere Dokumentation über den Nationalsozialismus glaubt bis heute ohne diese Bilder auskommen zu können.

Fazit

Mit der Lenkung und Instrumentalisierung von Rundfunk und Film knüpften die Nationalsozialisten an die Entwicklungstendenzen der modernen Massenkultur an und perfektionierten sie für ihre Zwecke. Sie waren damit ganz Teilhaber und Nutznießer der Moderne, so wenig sie zugleich darauf verzichten wollten, den traditionellen Kulturbetrieb, d.h. Literatur, Musik, Bildende Kunst und Theater zu durchdringen und ihren ambivalenten Herrschaftstechniken von Verlockung und Zwang unterzuordnen.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Rechteinhabers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme weiterverarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

5 Ebenda, S. 302 ff.